

schwierige Verhältnisse. Seit der Eroberung durch Deutschland besaß das Land einen deutschen Adel. In Rußland war der Adel auch die einzige freie Klasse, und dank des deutschfreundlichen russischen Hofes gelang es dem Adel bald, Vorrechte zu erlangen, die zur Zeit der schwedischen Domination unerhältlich gewesen waren. Unter der russischen Herrschaft wurde der Landtag von Kurland und von Livland, der früher alle freien Klassen der Bevölkerung vertrat, immer ausgesprochener eine Institution des Adels, in dem einzig der Adel vertreten sein konnte. Die Bauern kamen völlig unter die Botmäßigkeit des Adels. Zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts wurden die lettischen Bauern von ihren Fronlasten befreit, aber erst fünfzig Jahre später erhielten sie das Recht, Land zu kaufen. Das sind Gründe, die den Haß der Letten gegen die deutschen Adeligen genährt hatten.

Die neuere Geschichte Lettlands beginnt mit 1840. Nie haben die Letten die Plünderungen, welche die Deutschen unter dem Schutze Rußlands ausführten, willig geduldet. Die Unzufriedenheit brach mit Heftigkeit in den zahlreichen Revolutionen aus, von denen diejenige von 1905 die umfangreichste war und die alle mit den grausamsten Mitteln von den Deutschen und Russen unterdrückt wurden. Die lettischen Patrioten verlangten nicht mehr für ihr Land als die Freiheitsrechte anderer Völker. Das mit allen Mitteln niedergehaltene national-lettische Bewußtsein erhob sich kraftvoll, und seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts entwickelten sich unaufhaltsam und unwiderstehlich Literatur, Künste und wirtschaftliche Unternehmungen.

Quelle: Afeldt M. (Hg.) 1919: *Eingabe an die Friedenskonferenz in Paris*. Lugano, 11–15.

Paris 1919: Beneš fordert eine tschechoslowakisch-jugoslawische Grenze, um Deutschland vom Balkan fern zu halten

Edvard Beneš wurde am 28. Mai 1884 in Kožlany, Böhmen, geboren. Er studierte in Prag, Paris und Dijon Sozial- und Politikwissenschaften und lehrte danach in Prag an der Wirtschaftsakademie und an der Universität.

Er wurde stark von Tomáš Garrigue Masaryk und dessen Ideen eines unabhängigen tschechischen bzw. tschechoslowakischen Staates beeinflusst und folgte diesem auch nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs ins Schweizer Exil, bevor er nach Paris ging. Gemeinsam mit Masaryk und dem slowakischen Politiker Milan Rastislav Štefánik war Beneš dort 1916 an der Gründung des „Tschechoslowakischen Nationalrats“ (slowak./tschech. Československá národná rada), beteiligt, der im Herbst 1918 von den Westmächten als provisorische Regierung der Tschechoslowakei anerkannt wurde. Beneš vertrat den jungen Staat als Außenminister auf der Friedenskonferenz in Paris 1919, wo er die Anerkennung der „historischen Grenzen“ Böhmens und Mährens sowie der slowakischen Siedlungsgebiete forderte. Es ging der Tschechoslowakei nicht zuletzt aus wirtschaftlich-strategischen Gründen vor allem darum, die endgültige Angliederung des von einer überwiegend deutschsprachigen Bevölkerung besiedelten sogenannten Sudetenlandes (der Begriff fand seine eigentliche Verbreitung erst in den 1930er Jahren) an das Deutsche Reich bzw. Österreich zu verhindern sowie Ungarns Anspruch auf die Slowakei, „Oberungarn“ (ungar. Felvidék) ebenso wie die slowakische Autonomie zurückzuweisen. Beneš legte dem „Rat der Zehn“ (franz. Conseil des Dix) die tschechoslowakische Position in elf Memoranden vor. Der hier abgedruckte Text stammt aus der zweiten dieser Denkschriften.

Darin fordert Beneš – erfolglos – eine gemeinsame Grenze des tschechoslowakischen und des jugoslawischen Staates, um die deutsch-ungarische Hegemonie in Ostmittel- und Südosteuropa zu beenden. 1920/21 gelang es Beneš jedoch, mit der „Kleinen Entente“ ein bilaterales Militärbündnis zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien abzuschließen, das diese vor deutsch-ungarischem Revisionismus schützen sollte.

Die endgültigen Grenzen der Tschechoslowakei wurden von 1919 bis 1920 festgelegt. Sie machten diese zu einem Vielvölkerstaat, der sich von Anfang an großen Integrationsproblemen gegenüber sah. Gemäß der Volkszählung von 1921 machten die 6,7 Millionen Tschechen und zwei Millionen Slowaken zusammen nur 65 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Daneben lebten im Land etwa 3,1 Millionen Deutsche (23 %) – in Böhmen und Mähren ein Drittel der Bevölkerung bildend –, 750.000 Ungarn (5,5 %) – in der Slowakei rund zwanzig Prozent der Bevölkerung ausmachend –, 460.000 Karpatho-Ukrainer (3,5 %) – das entsprach etwa sechzig Prozent der Bevölkerung der Karpatho-Ukraine – und 76.000 Polen.

Im Kriegsfall wären 3800 Kilometer Außengrenze zu verteidigen gewesen, wobei insbesondere die Sicherung der Ostslowakei und Karpatho-Russlands militärisch kaum zu bewerkstelligen gewesen wäre.

Die Nachbarschaft der Tschechoslowaken und Jugoslawen

a) Das Problem unter geschichtlichem und geographischem Gesichtspunkt

Das Problem der Nachbarschaft der Tschechoslowaken und der Jugoslawen stellt sich in folgender Weise: In allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kämpfen, die die Deutschen zur Beherrschung Mitteleuropas unternahmen, war die Tatsache, daß die Deutschen sich der Magyaren als Mittel zur Herrschaft über Tschechoslowaken und Jugoslawen bedienten, der entscheidende Faktor. Alle Bündnispolitik der Magyaren mit den Deutschen beruhte ebenfalls auf dieser Tatsache: die Deutschen und die Magyaren haben sich die zu beherrschende Bevölkerung geteilt, und so waren die einen unlöslich an die anderen gebunden.

Diese Politik machte vor allem die Konzeption des pangermanischen Planes möglich, der den Deutschen erlaubte, dank der Unterstützung der Magyaren die Jugoslawen zu beherrschen, den Balkan zu durchdringen, die Feindschaft der Bulgaren gegen die Serben auszunutzen und so nach Konstantinopel und zum Persischen Golf vorzudringen.

Die Magyaren und ihre Nachbarschaft mit den Deutschen haben alle diese verbrecherische Politik möglich gemacht.

Deutsche und Magyaren sind Verbündete seit langen Jahrhunderten; Verbündete, deren traditionelle Politik es war, sich stets gegen die Tschechen und Jugoslawen zu verbinden. Der Kampf dieser beiden Völker gegen das germanisch-magyarische Bündnis war ein Kampf um die nationale Existenz, für die Gerechtigkeit und das Recht. Dieser Kampf dauerte bereits zehn Jahrhunderte.

Deutsche und Magyaren haben begriffen, daß man, um diesen Kampf gegen die Slawen mit Erfolg führen zu können, vor allem die Nordslawen von den Südslawen trennen mußte. In der Tat waren bis zum 13. Jahrhundert die Slawen Böhmens, Mährens und der Slowakei die Nachbarn der Südslawen, die den westlichen Teil Ungarns (Pannonien, rechtes Donauufer), Kärnten, Krain und Steiermark wie selbst einen Teil Niederösterreichs bewohnten.

Diese Nachbarschaft der Tschechoslowaken und der Jugoslawen wurde in der Folge der schrecklichen Kämpfe der Deutschen auf der einen und der Magyaren auf der anderen Seite gebrochen, die sich schrittweise einerseits der Alpenländer, andererseits ganz Pannoniens bemächtigten.

So bildet man sich heute ein, daß diese Gebiete stets deutsch und magyarisch waren, während sie in Wahrheit erst in der Folge der heftigsten Kämpfe und lediglich im 13. und 14. Jahrhundert deutsch und magyarisch wurden.

Immerhin sind diese slawischen Bevölkerungsteile, die einst die Magyaren Ungarns von den Deutschen der österreichischen Länder trennten, nicht völlig verschwunden. Sie haben sich – in sehr beschränktem Umfange – an den Grenzen Ungarns und des alten Österreich erhalten.

Es gibt dort ein gemischtes Gebiet, das von Magyaren, Deutschen und einer Mischung von Slowaken und Jugoslawen bewohnt ist. Die Slawen erreichen 25 bis 30 % trotz des sehr heftigen Drucks der magyarischen Behörden. Es handelt sich im Grunde um vier Komitate: Wieselburg, Ödenburg, Eisenburg und Zala. Sie sitzen längs der alten Grenze zwischen Österreich und Ungarn von Preßburg im Norden, gegen Mur und Drau im Süden. Es ist ein Gebiet, das in nordsüdlicher Richtung eine Länge von 200 km erreicht und wo die Bevölkerungszahl sich auf 700.000 Einwohner beläuft, davon 200.000 Slawen (Kroaten, Slowenen und Slowaken), 300.000 Deutsche und 200.000 Magyaren.

Die Nachbarschaft der Tschechoslowaken mit den Jugoslawen könnte verwirklicht werden, wenn dieses Gebiet, das ungefähr die vier oben erwähnten Komitate enthält, der tschechoslowakischen Republik (die Komitate Wieselburg und Ödenburg) und dem jugoslawischen Staat (die Komitate Eisenburg und Zala) zugeteilt würde.

b) Das Problem unter politischem Gesichtspunkt

Es steht außer Zweifel, daß diese Lösung sehr gewichtige Unzulänglichkeiten enthält:

1. Zunächst steht sie im Gegensatz zum Nationalitätenprinzip, denn man fordert auf diese Weise eine Annexion von einer halben Million Deutscher und Magyaren an zwei Nachbarstaaten.
2. Die Lösung scheint durchaus künstlich und zu gefährlich zu sein; nach gewissen Auffassungen könnte sie die Deutschen und die Magyaren dazu treiben, diesen Damm mit Gewalt zu brechen, der zu eng, mehr oder weniger künstlich und im Grunde sehr wenig fest ist. Sie könnte so vom internationalen Gesichtspunkt aus eine Ursache beständiger Unsicherheit und Mißhelligkeit werden.
3. Sie ist vom militärischen Gesichtspunkt nicht zu verteidigen, was die Gegner dieses Systems um so mehr verführen würde, es zu zerbrechen.

Gegen diese sehr wichtigen Gründe führen wir folgende Argumente an:

1. Alle Welt ist sich darüber einig, daß die Anwendung des Nationalitätenprinzips niemals vollkommen sein wird und daß nationale Minderheiten in fremde Staaten einbezogen sein werden. Wenn es ein höheres Interesse gibt, das die Opferung dieser oder jener Anzahl von Bewohnern gebieterisch verlangt, ihnen aber gleichzeitig die notwendigen Freiheiten gewährleistet, so wird niemand zögern, dieses Opfer darzubringen.

Im übrigen werden, wenn diese Lösung der Nachbarschaft der beiden slawischen Völker nicht angenommen wird, die Slawen dieser Gebiete den Deutschen und den Magyaren geopfert sein.

Es handelt sich also darum, zu sehen, ob ein höheres Interesse die von den Tschechoslowaken verlangte Lösung erforderlich macht.

2. Es ist richtig, daß diese Lösung künstlich und, militärisch gesehen, nicht zu verteidigen ist, was zu einem Bruch einer solcherart geschaffenen Grenze drängt.

Aber wie viele Grenzen zwischen den einzelnen Staaten sind nicht künstlich? Es gibt sehr wenig Staaten, deren Grenzen alle natürlich und infolgedessen fast völlig dauerhaft sind.

Im übrigen handelt es sich nicht darum, hier einen Damm gegen die militärische Invasion zu errichten. Ganz im Gegenteil, es ist eine einzig und allein für den Frieden bestimmte Lösung, die gerade neue Interessen schaffen soll (infolge eines neuen Zolltarifsystems), neue politische Konzeptionen und neue Bündnisse zwischen allen Nachbarstaaten.

3. Das stärkste positive Argument zugunsten dieser Lösung ist, daß sie den Zweck hat, die Deutschen und die Magyaren zu trennen und ihr wirksames Bündnis gegen die Slawen zu verhindern, das deren Unterdrückung durch Germanen und Magyaren ermöglichte.

4. Diese Nachbarschaft würde zu engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Tschechoslowaken und Jugoslawen führen. Sie würde eine feste Grundlage der wirtschaftlichen Beziehungen der tschechischen Länder mit Italien vorbereiten. Sie würde die Deutschen verhindern, ihre wirtschaftliche Durchdringung der Balkanländer wieder zu beginnen und so ihre pangermanische Angriffs- und Ausdehnungspolitik wieder aufzunehmen. Sie würde die von den Deutschen völlig getrennten Magyaren zwingen, sich den Tschechoslowaken und den Jugoslawen zu nähern (vor allem, um einen Zugang zum Meere zu haben), und würde so die Grundlage einer neuen Versöhnungs- und Friedenspolitik in Mitteleuropa abgeben.

5. Dies ist in der Tat das wesentliche Argument zugunsten dieser Lösung: Wenn die Magyaren von den Deutschen getrennt und die Deutschen endgültig außerstande gesetzt sind, sich der Magyaren als Mittel der Herrschaft in Mitteleuropa zu bedienen, so ist die Grundlage eines neuen politischen Systems in Mitteleuropa gelegt: Die Zusammenarbeit und die Verständigung zwischen Tschechoslowaken und Jugoslawen einerseits und den demokratischen Magyaren andererseits, ist die Voraussetzung dafür, daß diese drei Nationen zum Rückgrat einer neuen friedlichen und dauerhaften Organisation dieser Gebiete werden können.

6. Diese Lösung zieht nicht notwendig den Anschluß der Deutsch-Österreicher an Deutschland nach sich, die im übrigen, wenn sie unabhängig sind, durch zahlreiche wirtschaftliche Bande an ihre drei Nachbarn in Mitteleuropa gebunden bleiben. Die Tschechoslowaken schlagen diese Lösung vor, die ihnen die logische und im Grunde auch die gerechteste und zweckmäßigste zu sein scheint. Sie würde ihren Zugang zum Meer gewaltig erleichtern und ebenso ihre Beziehungen mit Italien und Westeuropa. Für das wirtschaftliche Leben Mitteleuropas wäre sie von unschätzbare Bedeutung; der Plan steht außerdem in engster Beziehung mit der Idee der Internationalisierung der Verkehrsmittel in Mitteleuropa. Er ist vor allem diktiert durch die Sorge, die Magyaren nicht im Kielwasser der deutschen aggressiven und imperialistischen Politik zu lassen.

Aber die Tschechoslowaken bestehen nicht auf dieser Lösung. Sie setzen das Problem auseinander und überlassen allen Interessierten die Entscheidung. Es ist kein örtliches Problem, kein Problem einer halben Million deutscher und magyarischer Bewohner. Es ist ein europäisches Problem.

Es liegt an allen daran Interessierten, darüber nachzudenken, das Problem gründlich zu prüfen und dann zu entscheiden.

Schlußergebnis

1. Will man in Mitteleuropa ein neues politisches System errichten, das einen dauerhaften Frieden gewährleistet, so muß man die Deutschen und die Magyaren voneinander trennen, zwischen Tschechoslowaken und Jugoslawen aber eine Nachbarschaft herstellen. Das ist kein örtliches Problem der Tschechen oder der Jugoslawen, es ist ein europäisches Problem.

2. Um diese Lösung zu verwirklichen, müßte man vier deutschmagyarische Komitate Westungarns

(Wieselburg, Ödenburg, Eisenburg und Zala) der tschechoslowakischen Republik und Jugoslawien einverleiben.

Quelle: Benes E. 1919: *Memorandum Nr. 2: Die territorialen Forderungen der tschechoslowakischen Republik (Friedenskonferenz von Paris 1919/20)*. In: Gordon H. 1990: *Die Benes-Denkschriften. Die Tschechoslowakei und das Reich 1918/19. Kommentar und Kritik*. Berg, 136–141.

Das „Münchener Abkommen“ 1938

Über die gesamte Zwischenkriegszeit hinweg konnte das Problem der Einbindung der nationalen Minderheiten in das politische System der Tschechoslowakei nicht zufriedenstellend gelöst werden. Durch die Weltwirtschaftskrise befördert, gewannen rechtsgerichtete deutschnationale Strömungen in den 1930er Jahren starken Einfluss unter der deutschen Bevölkerung des Sudetenlandes. Die von den Nationalsozialisten im Deutschen Reich unterstützte Sudetendeutsche Partei forderte im April 1938 schließlich die Autonomie des Sudetenlandes. Diese Forderung wurde von der tschechoslowakischen Regierung abgelehnt und vom Deutschen Reich wiederholt, das zu gleicher Zeit Truppen an der Grenze zusammenzog und damit auf der Gegenseite eine Mobilmachung auslöste. Die „Sudetenkrise“ gipfelte am 29. September 1938 im sogenannten Münchener Abkommen, der Abtretung des Sudetenlandes an das nationalsozialistische Deutschland. Die an den Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland nicht beteiligte tschechoslowakische Regierung sah sich zur Annahme des Abkommens gezwungen, dessen Rechtmäßigkeit bis heute umstritten ist. Die dadurch exemplifizierte „Appeasement“-Politik, mit der die Großmächte Frankreich und Großbritannien einen großen Krieg verhindern wollten, scheiterte letztendlich.

Abkommen vom 29. 9. 1938

zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien,
getroffen in München, am 29. September 1938

Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte.

1. Die Räumung beginnt am 1. Oktober.
2. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebiets bis zum 10. Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und daß die Tschechoslowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, daß die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.
3. Die Modalitäten der Räumung werden im einzelnen durch einen internationalen Ausschuß festgelegt, der sich aus Vertretern Deutschlands, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei zusammensetzt.